

## Im „Paradies der Freiheit“

Niederträchtige Verfolgung von Italienern und Deutschen in USA.

In großer Aufmachung unter Überschriften wie „Die niederträchtige Verfolgung der Italiener und Deutschen in den Vereinigten Staaten“ oder „Im Paradies der Freiheit“ veröffentlichten die römischen Zeitungen den Bericht des kürzlich an Bord des „Westpoint“ nach Italien zurückgekehrten Leiters des Gaststättenbetriebes des italienischen Pavillons der New-Yorker Weltausstellung, Kapitän Armando Tosi.

Dieser wurde nach Ablauf seiner Aufenthaltserlaubnis, obwohl er als Gast der amerikanischen Regierung nach USA gekommen war und keine Möglichkeit zur Heimreise hatte, von den amerikanischen Behörden verhaftet und in Ellis Island interniert. Dort konnte er über zwei Monate lang aus eigener Anschauung die „Seemanns- und Arbeiterkultur“ kennenlernen. Kapitän Tosi schildert die in Ellis Island herrschenden geradezu erschütternden Zustände, und auf Grund zuverlässiger Augenzeugenberichte die menschenwürdige Behandlung, die den Italienern im Konzentrationslager von Missouri zuteil wird. Meistens seien Wohnverhältnisse und Kost miserabel, und die Internierten würden schlechter behandelt als Schwerverbrecher.

## Gegen USA-Einmischung

Scharfer Protest brasilianischer Wirtschaftskreise gegen die Schwarze Liste

Die Tatsache, daß die Schwarze Liste der USA, auch rein brasilianische Firmen achtet, ruft in brasilianischen Handelskreisen Bestürzung und Verwirrung hervor.

Verschiedene Blätter veröffentlichten an hervorragender Stelle das Protesttelegramm einer brasilianischen Firma an die USA-Botschaft in Rio de Janeiro. Darin wird festgestellt, daß Brasilien ein neutrales Land sei und die Schwarze Liste der USA eine Einmischung in die grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen bedeute. Die Firma behalte sich Schadenersatzansprüche in voller Höhe an die für die Schwarze Liste zuständige USA-Behörde vor.

## Die Intrigen Roosevelts in Ibero-Amerika

Unter Ausnutzung der gegenwärtigen Weltlage veruche Roosevelts Ibero-Amerika in politische, wirtschaftliche und strategische Untertänigkeit zu zwingen, schreibt „Petina Schib Bao“. Vermont habe indessen die Washingtoner Fälschung entlarvt und dadurch die Stimmung gegen Roosevelts in dem bolivianischen Volk verstärkt. Die Zeitung behauptet auch, daß Roosevelts geheime Schwarze Listen umgehen lasse, ohne daß die anderen amerikanischen Staaten davon Kenntnis hätten.

In dem Artikel heißt es weiter: „Das entriestete Argentinien und andere, deren Wirtschaft durch derartige Maßnahmen schwerstens betroffen wird, haben dagegen protestiert und unter Hinweis auf ihre Unabhängigkeit erklärt, daß sie, falls sie einen Abbruch der Handelsbeziehungen zu den Achsenmächten wünschen, hierzu keinen Vermittler benötigen.“

Wo bleibt die amerikanische öffentliche Meinung? Wird der Kongress weiterhin Roosevelts Marionettentheater sein? Wird das amerikanische Volk weiterhin Roosevelts Intrigen erlauben und ihm gestatten, diesen gefährlichen Krieg zu verlängern und dadurch möglicherweise die Vereinigten Staaten schließlich selbst zu vernichten?“

## Die Dardanellen den Sowjets

Neue englische Versäherungspläne

Nach zuverlässigen in Ankara vorliegenden Meldungen sollen, wie „Stockholms Tidningen“ aus Ankara meldet, zwischen Großbritannien und der Sowjetunion gewisse Abkommen getroffen worden sein, nach denen die Sowjets nicht nur das Verprechen weitestgehender Handlungsfreiheit bezgl. Mittel- und Osteuropas erhalten hätten, sondern auch die Versicherung, daß die sowjetischen Kontrollwünsche über die Dardanellen und den Bosphorus von der britischen Regierung anerkannt würden.

## „Nach Kriegsende“

Vertagung der Wahlen in Indien beantragt

Im britischen Oberhaus wurde ein Gesetz in Vorschlag gebracht, das die Vertagung der Wahlen in Indien und Burma vorsieht und die englischen Gouverneure ermächtigt, die dortigen Mandate bis zu einem Jahr nach Kriegsende zu verlängern. Der Herzog von Devonshire, Unterstaatssekretär für Indien und Burma, von diesem Antrag einbrachte, erklärte in echt britischer Heuchlerart, „im Augenblick würden Wahlen sicherlich zu einer Verschlimmerung der Unruhen zwischen Hindus und Mohammedanern führen.“

Kadter und Struppelsoher noch als die kürzlichen Auslassungen des Indienministers Amery im Zusammenhang mit der Bildung eines sogenannten „Indischen Verteidigungsrates“ enthielt dieser Gesetzesentwurf die Fiktion, die England bereits im Weltkrieg dem unterdrückten indischen Volk gegenüber angewandt hat: „Nach Kriegsende“ die Wahlen, „nach Kriegsende“ die Freiheit, „nach Kriegsende“ alle goldenen Berge. Das ist das Opium, mit dem die Briten die geknechteten Inder zu betäuben und für ihre plutokratischen Kriegsziele zu fördern versuchen, heute wie damals. Aber die betrogenen Inder haben die Erfahrungen des Weltkrieges nicht ganz vergessen, und der Plan einer Verschiebung der Wahlen dürfte wohl am wenigsten der echt britischen „Sorge“ bezüglich einer Verschlimmerung der Unruhen „zwischen Hindus und Mohammedanern“ entspringen sein.

## „Deutschland muß zerstört werden“

Wüste Hehe im USA-Senat

Im Verlauf der Senatsschelte über die Dienstzeitverlängerung für die USA-Armee wies der republikanische Senator Mc Carthy darauf hin, daß verschiedene britische Staatsmänner persönlich zugegeben hätten, der jetzige Krieg sei das Resultat der britischen Politik nach dem Weltkrieg und dem Versäler Vertrag. Demgegenüber benutzte der demokratische Senator Lee die Gelegenheit zu neuer unverschämter Hehe gegen das Reich, indem er meinte, der Versäler Vertrag sei zu anständig gewesen. Die USA hätten einen Fehler begangen, als sie nach dem Weltkrieg nicht ganz Deutschland besetzten. Nach dem jetzigen Krieg müsse Deutschland zerstört werden.

## Enorme Steigerung der britischen Schuldenlast

Laut „Journal of Commerce“ hat die kurzfristige Verschuldung der britischen Regierung seit Kriegsbeginn um 1167 auf 3062 Millionen Pfund zugenommen.

## Gottlosenverband kündigt Religionsfreiheit an

Das Doppelspiel des Juden Maisty

Der Sowjetbotschafter in Großbritannien, der Jude Maisty, verkündete nach einer Londoner Meldung von „Svenska Morgonbladet“ die alsbaldige Veröffentlichung einer offiziellen Moskauer Erklärung über Religionsfreiheit! Der Jude Maisty, Ehrenmitglied des bolschewistischen Gottlosenverbandes, gab dieses Verprechen ausgerechnet einer jüdischen Delegation gegenüber ab, die ihn nach den religiösen Rechten der Juden in der Sowjetunion befragte. Ob dieser beglückwünschenden Kunde, so plädieren wir, muß der Erzbischof von Canterbury auf jeden Fall eine neue Gebetsformel fassen.

## Roosevelt als Finanzschieber entlarvt

Schmutzige Geschäfte mit Papiermarkt in den deutschen Inflationsjahren

Der heutige Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, ist im Jahre 1913 als Unterstaatssekretär in das Marineministerium in Washington eingezogen. Er verließ dieses Amt auch während des Weltkrieges, bis er im Jahre 1920 zurücktrat und sich als Kandidat der Demokratischen Partei, allerdings erst los, für das Amt eines Vizepräsidenten bewarb. Zwei Jahre später wurde Roosevelt Präsident einer in Kanada eingetragenen Gesellschaft, die sich „United European Investors Ltd“ nannte.

Die Geschäfte, die diese Firma betrieb, waren jedoch derart, daß eine Persönlichkeit, die im amerikanischen Staatsleben eine Rolle gespielt hat und weiterhin spielen wollte, sich damit nicht beschäftigen durfte. Wie aus einem am 12. Oktober 1922 in der Zeitung „San Francisco Chronicle“ erschienenen Inserat hervorging, war die neue Gesellschaft gegründet worden, „um die Tatsache auszunutzen, daß die Mark, wenn sie mit Dollar gekauft wird, sehr billig ist.“ In dem Inserat wurde ausdrücklich auf die „hohe Verantwortlichkeit und den Charakter“ des Gesellschafters Franklin Roosevelt hingewiesen, auch hieß es wörtlich: „Die ersten Notfallschüsse wurden dadurch reich, daß sie heruntergewirtschaftete Währungen von zusammengebrochenen Nationen aufkauften.“ Deutsch gesprochen, hat also die neue Gesellschaft ihre Tätigkeit auf die Erzielung unläuterer Gewinne aus der deutschen Inflation abgestellt!

Am 22. Oktober 1922 boten die Agenten der Gesellschaft Roosevelts für eine Million Reichsmark 200 Dollar, am 29. Oktober 100 Dollar und am 5. November 72 Dollar. Darans geht also hervor, daß diejenigen, die auf Grund der Aufforderung Roosevelts am 22. Oktober 1922 eine Million Papiermark für 200 Dollar gekauft hatten, 14 Tage später bereits 125 Dollar, also den größten Teil ihres Kapitals, verloren hatten. Und doch wagte die Frau dieses Mannes, der sich jetzt als ein übler Spekulant und Schieber entpuppte, vor einigen Monaten stolz und heber zu erklären, ihre Söhne seien nicht in einer Welt leben, in der Adolf Hitler herrsche. Was hat nun die Frau Roosevelts dazu zu sagen, daß sie, ihr Mann und ihre Söhne sich einer Existenz nicht gewohnt haben, die gelinde gesagt schmutzig war? Für Roosevelts aber ist es kennzeichnend, daß er sich nicht schämte, sich in seinen Geschäftsmethoden auf „die ersten Notfallschüsse“ als auf das größte jüdische Vertrauensverhältnis zu berufen, das die Finanzgeschichte kennt. Wie die ersten Notfallschüsse die heruntergewirtschafteten Währungen zusammengebrochener Nationen ausbeutet, wie die ersten Notfallschüsse fremde Völker ausgeplündert haben, so gedachte 1922 auch Franklin D. Roosevelt, sich und seine Geschäftsteilhaber auf fremde Kosten zu bereichern. Das gleiche Verbrechen kennzeichnet heute jedoch auch die Außenpolitik dieses Mannes, die darauf abgestellt ist, aus der Konsummasse des britischen Reiches der jüdisch-nordamerikanischen Plutokratie die fettesten Brocken zu verschaffen.

## USA-Volk muß bezahlen

Verdreifachung der Steuern

Das Repräsentantenhaus nahm ein neues Steuergesetz über 3,2 Milliarden Dollar für das kommende Haushaltsjahr an. Die Steuern des Mittelstandes werden dadurch nahezu verdreifacht. Das Gesetz geht nunmehr dem Senat zu.

Roosevelts Belohnung für Bolivien. In La Paz hat die Zeitung „Razon“ mitgeteilt, daß die nordamerikanische Ein- und Ausfuhrbank das Ansuchen der bolivianischen Regierung um einen Kredit in Höhe von 36 Millionen Dollar in Kürze günstig beschieden werde. Zweifellos belohnt Roosevelts auf diese Weise die Haltung der bolivianischen Regierung, die sich bei Durchführung der USA-Pläne gegen das Deutschland in Südamerika den Washingtoner Wünschen und Forderungen so besonders willfährig erwies.

Kaufkampf im libanesischen Senat. Wie United Press aus Hadana meldet, kam es dort im Senat zu einem regelrechten Kaufkampf, der möglicherweise zu einer Auflösung des Parlamentes führen könnte. Bei dem Handgemenge habe der Nationalist Nias seinen Oppositionsgegner Choa so heftig angegriffen, daß dieser mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Fünfzig Senatoren einschließlich des Premierministers hätten an dem Handgemenge teilgenommen.

## Der Sowjetindustrie fehlen die Arbeitsflaben

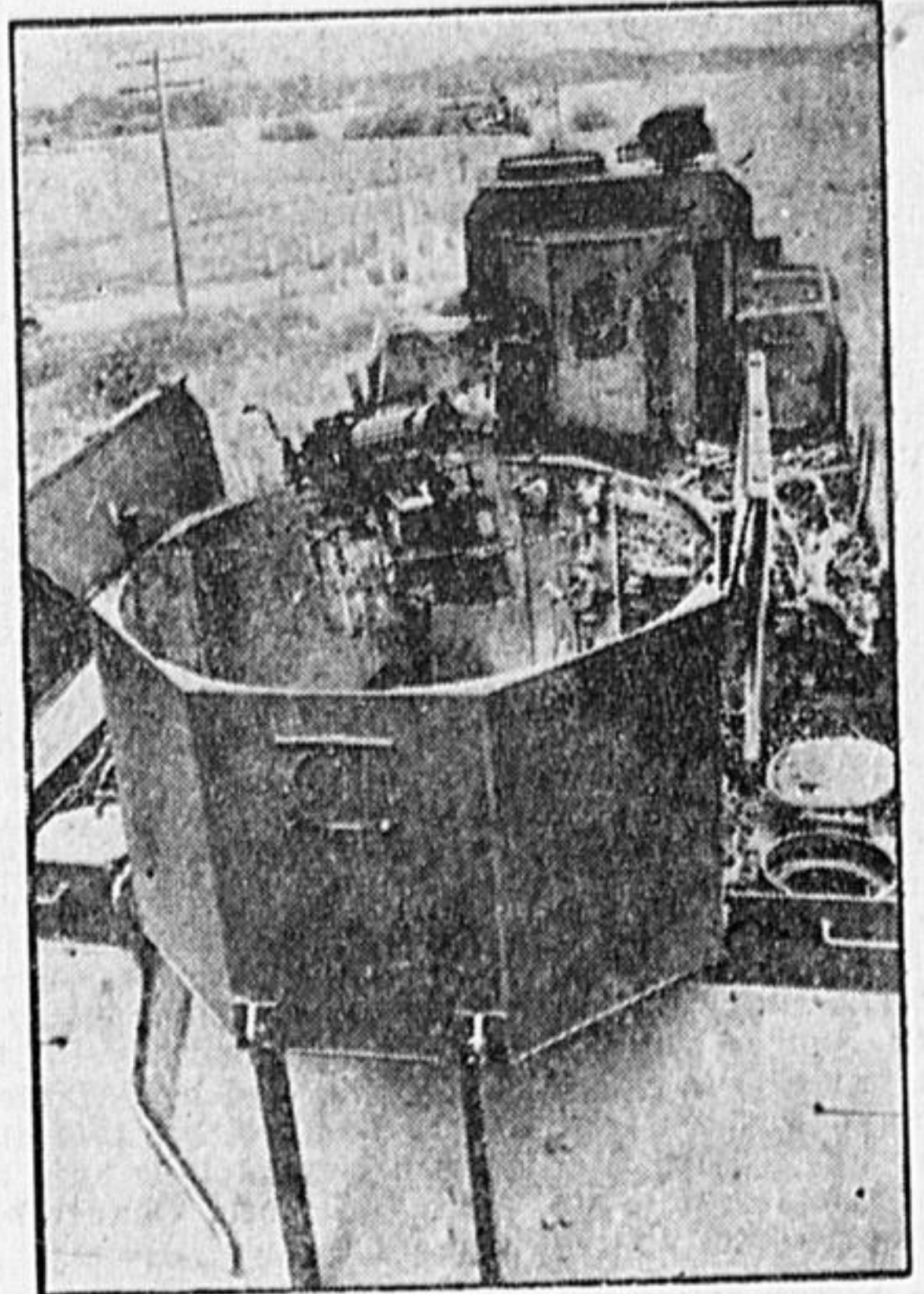
Es wurde zu eifrig „liquidiert“ — USA-Zeitschrift über die bevölkerungspolitischen Folgen von 25 Jahren Bolschewistenherrschaft

New York, 5. August. Was man noch vor wenigen Wochen in den USA, von dem Moskauer Bundesgenossen Roosevelts dachte, dem der Präsident sein Hilfeversprechen und seine „Bewunderung“ ausdrückte, geht aus einem eingehenden Bericht der New Yorker Zeitung „Harper's Magazine“ hervor, der im Juniheft des genannten Blattes erschien. Der Verfasser, ein genauer Kenner der Sowjetunion, beschäftigt sich mit den arbeits- und bevölkerungspolitischen Fragen der Sowjetunion. Er weist auf den immer akuter werdenden Arbeitermangel hin, der die Sowjetindustrie lähme. Dieser Arbeitermangel sei entstanden durch den beispiellosen Raubbau, den die GPU mit der Arbeitskraft getrieben habe. Die von ihr aus der ganzen Sowjetunion in riesigen Konzentrationslagern zusammengefaßten Zwangsarbeiter seien an Entkräftung und infolge schlechter Behandlung binnen wenigen Jahren ausgestorben. Die GPU könne nunmehr nach der Vernichtung der sogenannten „Kulaken“ auf keine andere große soziale Schicht mehr zurückgreifen, um sie zu „liquidieren“. Denn eine solche Schicht sei in der Sowjetunion nicht mehr vorhanden. Man habe es infolgedessen mit der Zwangsarbeit Jugendlicher versucht, diese Versuche schafften aber auf die Dauer keinerlei Erleichterung.

Die Folgen der bolschewistischen Wirtschaftspolitik in den letzten 20 Jahren machten sich, wie der Korrespondent von „Harper's Magazine“ weiter berichtet, in einem beunruhigenden und unerwarteten Sinken der Geburtenzahl in den Großstädten bemerkbar. Als diese Erscheinung bei der letzten Volkszählung im bedrohlichen Maße zutage kam, erklärte Stalin das Ergebnis der Zählung als „Sabotage“ und ließ die Leiter der Volkszählung einfach erschießen. Mit einem Male wurde nun die Scheidung erschwert, die Abtreibung mit hohen Strafen bedroht und die Ehe verhehlicht. Das Ziel aller dieser Maßnahmen hatte aber, wie der Nordamerikaner erklärt, mit einer Verminderung der Volkskraft nicht das geringste zu tun, sondern sollte der Industrie lediglich neue Arbeitsflaben verschaffen. Alle diese Pläne hatten aber keinen Erfolg, weil unterdessen der Arbeitermangel so gestiegen war, daß in immer höherem Grade auf Frauenarbeit zurückgegriffen werden mußte und damit die Zahl der Eheschließungen zurückging. Die Frauen arbeiten heute selbst in Kohlenbergwerken und an Hochöfen.

Es herrschen also, so schließt der USA-Sachverständige seinen Bericht ab, in der Sowjetindustrie heute Zustände, wie sie in anderen Ländern längst überwunden sind. Das ist nach dem Urteil dieses Nordamerikaners das Ergebnis einer beinahe 25jährigen bolschewistischen Regierung.

Wenn der Artikel auch nicht viel Neues über die Zustände im Sowjetparadies“ enthält, so ist es doch bemerkenswert, daß ein Nordamerikaner zu diesen Feststellungen kommt, ein Bürger derselben Vereinigten Staaten, deren Lenker unter jüdisch-freimaurerischem Einfluß bedenkenlos bereit ist, die bolschewistische Barbarei in ihrem aussichtslosen Kampf gegen das geeinte Europa zu unterstützen.



Ein vernichteter Sowjetpanzerzug. Er wurde durch den Volltreffer einer leichten deutschen Bombe zum Stehen gebracht. (F.A. Roth-Weltbild — W.)

## „Frankreich zu warnen, unnötige Mühe!“

Antwort des französischen Botschafters an die Kriegsschleier in USA

Zu der Erklärung des Unterstaatssekretärs im Außenministerium der Vereinigten Staaten, Sumner Welles, in der Frankreich beschuldigt wurde, mit den Achsenmächten zusammenzuarbeiten, und in der behauptet wird, Frankreich bedrohe durch seine Zusammenarbeit mit Japan in Indochina die Vereinigten Staaten, äußerte sich der französische Botschafter u. a. wie folgt:

„In dem Augenblick, da wir im Fernen Osten ein für uns sehr interessantes Abkommen erzielt haben, ein Abkommen, das eine gegenseitige Verteidigung zwischen Indochina und Japan vorsieht, finde Amerika unsere Politik wenig nach seinem Geschmack. Der amerikanische Unterstaatssekretär hält sich für berechtigt, zu beurteilen, in welchem Maße die französische Regierung ihre Verpflichtungen einhält. Er tritt für die Politik unserer Führer, fast beschuldigt er sie, es an Souveränität mangeln zu lassen.“

Der französische Botschafter zitiert in diesem Zusammenhang den Londoner Botschafter, der wissen wollte, daß Admiral Leahy, der USA-Botschafter in Paris, bei Marshall Bâlain vorgeprochen und eine „letzte Warnung“ des Präsidenten Roosevelts überreicht habe.

„Eine Warnung des Politikers, der seine Wahlversprechen nicht eingehalten hat, an den glorreichen Sieger von Verdun!“ So kommentierte der französische Sprecher. Man fragt sich, was hierbei überwiegt, das Verabschämungswürdige oder das Komische. Wie dem auch sei — Frankreich zu warnen, sei es zum letztenmal, war eine ganz unnötige Mühe. Wir sind gewarnt worden! Die Medien eines Pepper, Lee, Knox, Stimson, Cordell, Hull und anderer, die nicht aufgehört haben, die Befehle von Dakar, Martinique, Guadeloupe, der St. Pierre-Inseln und Mianelson, der Insel St. Pierre und Französisch-Guayanas durch die amerikanische Armee aufs heftigste zu fordern — diese Medien ohne Umschweife sind nicht vor tauben Ohren gehalten worden. — Die Warnung Mr. Roosevelts kommt etwas zu spät.“

## Fliegeralarm in ägyptischen Provinzen

Wie Neuter aus Kairo berichtet, besaß ein antiker Bericht, daß in der Nacht zum Montag in mehreren ägyptischen Provinzen Fliegeralarm gegeben wurde. Bomben seien an die Gegend des Suezkanals abgeworfen worden, sie hätten eine große Anzahl von Opfern gefordert. Bis jetzt seien 17 Tote und 58 Verwundete festgestellt. In der Gegend von Kairo, Alexandria und Port Said sei Kanonendonner vernommen.

## Die Bedeutung des Erfolges von Suez

Dem deutschen Angriff auf die Meerenge von Suez in der Nacht zum 4. August kommt um so größere Bedeutung zu, als sie die einzige Verbindung der Stadt Suez mit ihren auf einer künstlichen Insel vorgelagerten Hafenanlagen ist.

Durch die Zerstörung der Meerenge wird die Hafenbahn und die Delleitung betroffen, so daß eine Versorgung der im alten und neuen Hafen ankernden Schiffe mit Treibstoff unmöglich wird. Bei dem deutschen Angriff wurden außer Zerstörungen an der Meerenge zwei im Hafen liegende britische Schiffe von zusammen 18 000 BRT. versenkt. Ein Frachtschiff von nur 20 000 BRT. erhielt einen schweren Treffer mittschiffs, dessen Beschädigungen zu rechnen ist.

Freiwilligenwerbung in unbesetzten Frankreich. Der Präsident der Zentralkommission der französischen Freiwilligenregion gegen den Bolschewismus, Eugen Deloncle, dessen Sitz sich in Paris befindet, hat einen sogenannten Aktionsunterauschuß beauftragt, in der unbesetzten Zone die Propaganda- und Werbetätigkeit für die Freiwilligenregion zu übernehmen. Dieser Unterauschuß hat seinen Sitz in Marseille. An seiner Spitze stehen die Generäle Kieffer und Blanc.

Verwundete Syrienkämpfer in Marseille. Das französische Sanitätsschiff „Canada“ ist von Syrien kommend in Marseille eingetroffen. Es hatte 349 verletzte bzw. kranke Syrienkämpfer an Bord. Mit dem gleichen Schiff trafen 12 Frauen und 10 Kinder ein, die sich von Syrien nach Frankreich repatriieren ließen.

Dr. Lombassa bei Dr. Vey. Reichsorganisationsleiter Dr. Vey empfing den italienischen Kommissar für Binnenwanderung und Kolonisation Dr. Giuseppe Lombassa. Im Verlaufe der freundschaftlichen Besprechungen wurde die Frage der Betreuung der in Deutschland tätigen italienischen Arbeiter erörtert. Es wurde festgelegt, daß alle Fragen des Einflages der italienischen Arbeiter in engster Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Arbeitsfront und den italienischen Stellen geregelt werden.

Es kommt nicht darauf an,

daß wir lauen, sondern wie wir lauen,

und das hängt von unseren Zähnen ab.

Chlorodont

weiset den Weg zur richtigen Zahnpflege